

## Stößt die Region bei Fluglärm auf taube Ohren?

Ist der Kampf gegen die Belastungen des Schwarzwald-Baar-Kreises durch den Flughafen in Zürich ein Kampf gegen Windmühlen? Dieser Eindruck drängt sich nun auch in Berlin auf und auch, dass womöglich mit einer massiven Zunahme von Fluglärm in der Region gerechnet werden muss.

■ Von Cornelia Spitz

### SCHWARZWALD-BAAR-KREIS.

Immer wieder blickt man im Schwarzwald-Baar-Kreis sowie dem benachbarten Landkreis Waldshut besorgten Himmel. Dort sieht man dann Flugzeuge, manche recht tief. Und wenn man sie nicht sieht, dann hört man sie häufig.

Der Anblick der Passagiermaschinen ist nicht selten mit Ärger verbunden.

Viele Bürger regen sich nämlich darüber auf, dass die Schweizer Goldküste am Zürichsee geschont wird, während die Eidgenossen einen nicht unerheblichen Teil ihres Flugverkehrs über deutsches Gebiet schicken, genauer: über die Landkreise Schwarzwald-Baar, Waldshut und auch Konstanz.

### Hat Verkehrsminister Wissing gelogen?

Ende Oktober machte man sich gemeinsam stark. Die Landräte von Konstanz, Waldshut und des Schwarzwald-Baar-Kreises warben im Berliner Verkehrsministerium „um die Unterstützung für die Region beim Thema Flughafen Zürich“, hieß es in einer gemeinsamen Pressemitteilung, die anlässlich dessen veröffentlicht worden ist. Und auch: „Verkehrsminister Wissing hat uns zugesagt, dass Anfragen und Gesuche der Schweiz mit uns – den Grenz-



Ein Flugzeug im Landeanflug auf den Flughafen Zürich. Steigt die Belastung künftig für den Kreis?

Foto: Keystone/dpa/Michael Buholzer

Landkreisen – abgestimmt werden.“

Doch jetzt, nur ein paar Wochen später, trübt der Eindruck, den der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei in Berlin gewinnt, das zunächst optimistische Bild gewaltig. „Die Aussagen des Bundesverkehrsministers sind wenig wert“, wettet Frei in einer Meldung an die Presse.

Und seine Schelte gegen den

Minister geht noch tiefer: Die Bundesregierung führe derzeit gar keine Gespräche mit der Schweiz zum Fluglärm über Südbaden.

### Vorwurf der Untätigkeit

Die CDU-Wahlkreisabgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Thorsten Frei (Schwarzwald-Baar) und Felix Schreiner (Waldshut) sind sich sicher: „Der Bundesverkehrsminister kümmert sich nach wie vor nicht um die möglichen negativen Auswirkungen der Flugverkehrsbelastung, die durch die geplante Verlängerung zweier Pisten des Flughafens Zürichs für die süddeutsche Bevölkerung drohen.“

Im Kern der Diskussionen steht dabei die sogenannte Piste 32, jene 3,3 Kilometer lange Piste, die weiter wachsen soll, um auch schweren Langstreckenflugzeugen den Start zu ermöglichen und dem Flughafen Zürich somit mehr Flexibilität erlauben soll.

Kritiker befürchten dass mit der Verlängerung genau dieser Piste auch ein Mehr an Flugbelastungen auf die deutschen Grenzregionen zukommen wird. Nach dem Gespräch der

drei Landräte mit dem Minister in Berlin beruhigte die Kreisverwaltung im Schwarzwald-Baar-Kreis unter Landrat Sven Hinterseh auf Nachfrage unserer Redaktion zunächst: Weil die Ruhezeiten in der Durchführungsverordnung für den

„Die Aussagen des Bundesverkehrsministers sind wenig wert!“

Thorsten Frei CDU-Bundestagsabgeordneter

Flughafen Zürich klar geregelt sei, sei zumindest aus Sicht von Landrat Sven Hinterseh und seinem Team im Landratsamt „aufgrund dieser Rechtslage“ nicht mit mehr Überflügen zu rechnen.“

### Abgeordnete sind sich sicher, was jetzt folgt

Aber: Zwischenzeitlich wandten sich auch die drei Abgeordneten schriftlich an die Bundesregierung. Im Mittelpunkt ihrer Anfragen standen die Einbindung der Region durch die Bundesregierung, konkrete Maßnahmen des Bundes zur Reduzierung der Flugverkehrs-

belastung, etwaige laufende Gespräche mit der Schweiz sowie die möglichen Auswirkungen im Rahmen des Abkommenspaketes der Europäischen Union mit der Schweiz auf den Luftverkehr.

Das Ergebnis erhitzt die Gemüter: „Wir haben es erneut schwarz auf weiß: Seit drei Jahren finden keine Gespräche der Bundesregierung mit der Schweizer Eidgenossenschaft statt, um zu einer Verbesserung der Situation und der Zusammenführung der unterschiedlichen Interessen im Flugverkehr über dem süddeutschen Raum zu kommen“, stellen die Abgeordneten fest. Spätestens aber nach der erfolgreichen Volksabstimmung über die geplanten Pistenverlängerungen 28 und 32 müsse nun jedem klar sein, „dass eine Zunahme der Flugverkehrsbelastungen in Südbaden droht“, so Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner.

### Was sie jetzt von Wissing fordern

Die Bundesregierung sei eine Antwort schuldig geblieben, welche konkreten Auswirkungen unserer Region drohten. Auf die Frage der CDU-Abge-

ordneten, welche Gespräche in naher Zukunft erfolgen würden, habe die Regierung mit „keine“ geantwortet. Diese Gleichgültigkeit besorgte die Bundestagsabgeordneten.

„Das ist angesichts der Bedeutung dieses Themas verantwortungslos. Die Aussagen des Bundesverkehrsministers, die in den letzten Wochen in der Presse zu lesen waren, sind für unsere Region damit wenig wert!“

Die Bundestagsabgeordneten fragten auch nach der Position der Bundesregierung zu Regelungen des Luftverkehrs im Rahmen der Verhandlungen über ein Abkommenspaket der Europäischen Union mit der Schweiz. „Bis auf einen Sachstand, dass die EU mit unserem Nachbarstaat über eine Überarbeitung des bestehenden Luftverkehrsabkommens im Zuge der aktuellen Beratungen diskutiert, erfahren wir nichts darüber, welche Position die Bundesregierung dabei einnimmt“, kritisieren sie nun und fordern von Wissing „eine klare Haltung, dass etwaige Verständigungen in diesem Bereich nicht zulasten der südbadischen Bevölkerung gehen dürften“.

### Flughafen soll noch enorm wachsen

Der geplante Ausbau der Pisten dürfe nicht als Einzelfall betrachtet werden. Die Flughafen Zürich AG habe einen Wachstumsplan – und der könne die fast doppelte Belastung für das Umfeld des Flughafens bedeuten.

Darin nämlich sei die Erhöhung der Passagierzahlen von 30 Millionen auf 50 Millionen bis zum Jahr 2040 vorgesehen. „Wenn ein Flughafen wächst, dann werden Starts und Landungen und damit auch Emissionen zunehmen. Die deutsche Bundesregierung muss sich in dieser Frage jetzt endlich positionieren und Gespräche mit der Schweiz führen. Es ist unbegreiflich, dass die Bundesregierung vor diesem Szenario die Augen verschließt und keine Antwort auf die Frage nach den Auswirkungen auf Südbaden geben kann.“



Wird von den Politikern der Region ganz offen und ungewohnt scharf kritisiert: der Bundesverkehrsminister Volker Wissing in Berlin.  
Foto: dpa/Michael Kappeler